

Interview mit Dr. Carolus Wimmer

Direktor für internationale Beziehungen beim venezolanischen Parlament

★ Herr Dr. Wimmer, Sie sind Direktor für internationale Beziehungen beim Parlament in Venezuela, der Asamblea Nacional. Eine etwas ungewöhnliche Karriere für einen gebürtigen Münchner.

Ich bin in München aufgewachsen, wo ich bis zu meinem 18. Lebensjahr lebte. Die letzten Jahre verbrachte ich in Konstanz, wo ich an der Uni studierte. Ich bin Vertreter der 68er Generation. 1970 gab es die Möglichkeit, nach Venezuela zu kommen, und das war für mich sehr interessant, auch nach Ende der großen lateinamerikanischen, revolutionären Bewegung. Venezuela war für mich damals ein vollkommen unbekanntes Land. Heute findet man Venezuela hin und wieder in den Zeitungen, damals nie. Ich lebe jetzt 33 Jahre hier und habe mich hier vollkommen eingewöhnt. Mein Sohn wurde hier geboren. Ich arbeite, wohne und kämpfe hier, für die Revolution in Venezuela und in Lateinamerika.

Wann begannen Sie, sich hier in Venezuela politisch zu orientieren und zu engagieren?

Eigentlich von Anfang an. Ich war bereits in Konstanz in sozialistischen Studienzirkeln aktiv, und es war für mich deshalb natürlich, dass ich auch hier weiter aktiv politisch arbeitete. Ich hatte damals das Glück, bereits nach einem Monat hier eine Arbeit zu finden, und das, obwohl ich wenig Spanisch sprach. Das war beim US-Konzern "General Motors", und ich hatte damit auch Kontakt zur Gewerkschaftsbewegung. Dort gab es damals einen sehr interessanten Arbeitskampf, der als Bummelstreik geführt wurde, hier nennt es sich "Schildkrötenarbeit". Dies war für mich ein Lehrstück, wo ich erstmalig in den Gewerkschaftskampf involviert wurde. Ich nahm dann direkt mit der Kommunistischen Partei Beziehungen auf, wurde dann Mitglied. In Deutschland hatte ich keine direkte Beziehung zur KP. Dann ging es relativ zügig und intensiv weiter in der politischen Arbeit.

Was sind die Aufgaben eines Direktors für internationale Beziehungen beim Parlament?

Ich mache das nun seit 21/2 Jahren, seit 31/2 Jahren arbeite ich in der Nationalversammlung (dem venezolanischen Parlament), zuerst als Berater des Parlamentspräsidenten, doch dann erhielt ich diese Möglichkeit, als Direktor für internationale Beziehungen zu arbeiten. Es ist eine sehr interessante, eine sehr neue Arbeit. Ich pflege den Kontakt auf internationaler Ebene mit allen Parlamenten. Auch mit multilateralen Organisationen, wie der "Internationalen Parlamentarischen Union", dem "Europäischen Parlament", dem "Lateinamerikanischen Parlament" etc. Es gibt parlamentarische Freundschaftskreise, auch mit Deutschland und Österreich. Also eine sehr interessante Arbeit in dieser revolutionären Zeit.



Venezuela ist heute ein Anziehungspunkt für politische Diskussion, für Besuche, für Einladungen. Es ist eine Arbeit, mit der man die Bolivarianische Revolution, die politische Situation, die neue Verfassung nach außen tragen kann.

Haben Sie noch Kontakt zu Deutschland? Sehen Sie sich als Deutschen oder Venezolaner?

Mein Leben, meine Arbeit und mein Kampf sind hier in Venezuela, und wenn ich im Ausland bin, spreche ich über Venezuela. Aber ich sehe mich logischerweise als internationalen Kämpfer. Ich besitze zwei Kulturen, die deutsche und die venezolanische. Nimmt man die bayrische hinzu, sogar drei Kulturen. Dies ist ein Vorteil, man sieht viele Dinge von mehreren Seiten. Zu Deutschland gibt es noch einige freundschaftliche Kontakte, speziell in Berlin, München und Konstanz, und natürlich gibt es auch noch die politischen Beziehungen, teilweise noch aus der DDR-Zeit. Hier in Venezuela existierte eine Freundschaftsgesellschaft Venezuela-DDR, die recht gut funktionierte und sehr aktiv war.

Wie würden Sie die Situation in Venezuela vor Chavez beschreiben?

Ich habe die Situation seit 1970 miterlebt, also 29 Jahre in der "falschen Demokratie", so wie wir das hier bezeichnen. Als ich vom Flughafen nach Caracas fuhr, war das für mich ein richtiger Schock. Ein riesiger Kontrast zwischen dem Luxus eines erdölproduzierenden Landes, aber auch eine extreme Armut, die man ebenfalls in Europa so nicht kennt. Diese Ungerechtigkeit, die ich bereits in den ersten Tagen miterlebte, und meine politische Vorarbeit in Deutschland machten mich hier sehr frühzeitig politisch aktiv. Es gab hier immer diese großen sozialen Unterschiede. Aber speziell ab den 80er, aber auch 90er Jahren fand eine massive Verarmung breiter Bevölkerungsteile statt, bedingt durch eine Privatisierungswelle und die Umsetzung neoliberaler Politik durch eine Regierung, die immer von den USA abhän-

gig war. Dies bedeutet: was in den 70er Jahren schwächer ausgeprägt war, verstärkte sich drastisch. Es gab damals schlechte Ernährung, aber noch keinen Hunger. Ab den 90er Jahren gibt es in diesem reichen Erdölland Hunger. Es gibt hier viele, die ihre Nahrung aus den Abfallleimern suchen. Dies ist ein Symbol, wie sich die ökonomische und die soziale Situation für die Mehrheit, d.h. 70-80%, stark verschlechtert hat. Aber die Situation verschlechterte sich in diesen Jahren nicht nur für die Armen, sondern auch für die früher stark privilegierte Mittelschicht. 1983 ging das Bank- und Finanzsystem bankrott, und man merkte, daß der ganze Reichtum auf Fantasie basierte. Ab 1983 ging es also auch für die Mittelschicht abwärts, natürlich ohne Hunger und Armut, aber sie begann ihre Privilegien zu verlieren, weshalb sie auch seit dieser Zeit unzufrieden ist. Nicht nur mit Chavez, sondern auch mit den Regierungen vorher. Dieses Kleinbürgertum will seine verlorenen Privilegien zurück. Was sind die früheren Privilegien? Ich sage es vereinfacht: "Wenig Arbeit und hohes Einkommen". Es will einen Luxus haben, der an dieses "Saudi-Venezuela" erinnert, in dem die Einnahmen aus dem Ölreichtum auf eine kleine Schicht konzentriert war. Vertreter der Mittelschicht hatten damals generell ein Apartment in Florida, mehrere Autos und mehrere Auslandsreisen im Jahr. Dies war seit 1983 nicht mehr möglich. Plötzlich konnte man nicht jedes Jahr drei oder vier neue Autos kaufen, sondern man musste mehrere Jahre mit dem gleichen Auto auskommen. Auslandsreisen wurden Luxus, weil der Dollar sich verteuerte. Die zweite charakteristische Jahreszahl ist 1989, das Jahr der Revolte der breiten Bevölkerung, der armen Bevölkerung, aber auch des Kleinbürgertums, hier in Caracas und dann auch in anderen Städten, den sog. "Caracazo". Hier wurden die Läden nicht nur von den Armen geplündert, sondern auch von Angestellten, auch von der privilegierten Mittelschicht. Dieses Ereignis zeigte, dass das politische und soziale System bankrott war. Aus der Revolutionstheorie weiß man, dass Ungerechtigkeit und Armut alleine nicht ausreichen zur politischen Veränderung. Was 1989 nicht existierte, war eine politische Linie, politische Organisation oder Leitung, um dieses Potential eines Volkes zu nützen und die Situation revolutionär zu ändern. Die damalige sozialdemokratische Regierung von Carlos Andres Perez schlug mit Hilfe des Militärs diesen Volksaufstand blutig nieder, mit mehreren tausend Toten, die genaue Zahl ist unbekannt. Aber es ging Schlag auf Schlag weiter. Im Februar 92, also drei Jahre später, gab es eine Militärrevolte, speziell der jungen Offiziere. Im November des gleichen Jahres eine weitere. Beide wurden niedergeschlagen. Man stellte fest, hier passiert etwas. Es gab Versprechen der damaligen sozialdemokratischen Regierung, einer Ver-

fassungsreform, einer Umorientierung der ökonomischen und sozialen Politik, einer Änderung der reinen neoliberalen Politik. Aber nachdem alles wieder unter Kontrolle zu sein schien, war alles vergessen und die alte Politik wurde weiter betrieben, d.h. eine Verarmungspolitik, eine Privatisierungspolitik und eine Politik, die einen kleinen Sektor und die transnationalen Unternehmen bevorzugte.

Die Revolte von Militärs 1992, an deren Spitze Chavez stand, sowie deren Niederschlagung - wie wurde diese in linken Kreisen wahrgenommen? Waren die Motive glaubwürdig? Dass Militärs, besonders in Lateinamerika, eine soziale Verantwortung verspüren, ist recht ungewöhnlich und stößt in Europa nicht immer auf Glaubwürdigkeit.

Wir in der Kommunistischen Partei wussten von dem Plan. Nicht von dem Tag, aber von dem Plan. Wir haben zweifellos nicht nur sympathisiert, unser Kampf war immer gegen dieses bürgerliche Ausbeutungssystem in Venezuela. Es lag auf unserer Linie, diese Regierung zu stürzen und dieses System zu verändern. Die Kommunistische Partei Venezuelas war immer offen für alle Kampfformen. Wir waren auch immer offen und auch erfahren für die Arbeit unter den Militärs. Das rebellierende Militär unter Führung von Hugo Chavez hatte damals noch nicht den Kontakt zum zivilen Bereich, sicher auch bedingt durch die zwangsläufige Untergrundarbeit. Aber es fehlte auch das Vertrauen der zivilen linken Bereiche zu den linken Kräften bei den Militärs und umgekehrt. Dies hat sich mittlerweile vollkommen und positiv geändert. Venezuela ist eine Ausnahme in Lateinamerika, was das Militär betrifft. Hier kamen und kommen die Soldaten und auch Offiziere immer aus der Arbeiter- und Bauernbevölkerung. Die Armee verfügte immer über linke Zirkel, speziell im Heer und der Marine, weniger in der Luftwaffe. 1962 gab es einen Aufstand der gesamten Marine, die geleitet wurde von der Kommunistischen Partei, die aufständischen hohen Offiziere waren geheime Mitglieder der Kommunistischen Partei. Es war ein Kampf von mehreren Tagen, und um den Aufstand niederzuschlagen, wurde, erstmalig in Lateinamerika, die Zivilbevölkerung aus der Luft bombardiert. Nicht nur Chavez hatte als Offizier Zugang zu sozialistischer Literatur und spricht heute über Mao Tse Tung, Marx, Lenin usw. Es war üblich, dass in der Buchhandlung der KP Soldaten und Offiziere vorbei kamen, um sich marxistische Literatur zu kaufen. Dies gab und gibt es, trotz des dominierenden Einflusses der USA auf die nationale Politik, deren Ziel es immer war, das lateinamerikanische Militär zum Kampf gegen die Linke vorzubereiten.

War der Wahlsieg von Chavez 1998 also ein Sieg für die Linke in Venezuela und Lateinamerika?

Zweifellos war es ein Sieg der Linken Venezuelas. Der Kampf eines ganzen Jahrhunderts der Revolutionäre, von denen viele gefoltert wurden oder gar als Märtyrer star-

ben, hatte erstmalig einen direkten Erfolg.

Man hört in Europa immer den eigentlich undefinierten Begriff des "Populisten". Ist Chavez ein Populist?

Dies muss ich häufig im Ausland diskutieren. Wir Linke, und Chavez ist ein Linker, müssen vom ersten Tag an diese große Armut bekämpfen und für diese Armut Lösungen finden. Essen geben, Erziehung geben, Gesundheit geben wird im neoliberalen Denken immer mit dem Schimpfwort "Populismus" betitelt. Die großen Probleme hier sind Armut, Hunger, Elend. Es gibt hier in Lateinamerika die "unsichtbare Todesstrafe": Leute, die z.B. dringend eine Operation benötigen, aber kein Geld oder Kreditkarte haben und einfach sterben. Sie sterben zu Hause, und keine bürgerliche Presse oder Menschenrechtsorganisation interessiert sich hierfür. Das hat sich in Venezuela geändert. Es gibt noch für viele Jahre viel zu tun, aber erstmalig wurde Politik für diese arme Bevölkerung, im Bereich Bildung, Gesundheit und Wohnungsbau, gemacht. Die jetzige Politik ist gerichtet auf 70-80% der Bevölkerung, weshalb diese "Bolivarianische Revolution" auch von der breiten Bevölkerung unterstützt wird. Deshalb haben vor allem Arme, aber auch viele verantwortungsvolle Vertreter der Mittelschicht den faschistischen Putsch im April 2002 überwältigt und Chavez befreit. Wäre Chavez nur ein Demagoge, hätte nicht die Mehrheit der Bevölkerung damals ihr Leben riskiert, um die anerkannte Leitung dieses revolutionären Prozesses aus den Händen der Putschisten zu befreien.

Als eine der ersten Maßnahmen wurde eine neue Verfassung erarbeitet, die als sehr fortschrittlich gilt

In Venezuela war dies etwas vollkommen Neues. Alle bisherigen Verfassungen hier, und es gab sehr viele, wurden generell von einem kleinen Kreis von "Experten" erarbeitet. Bestenfalls wurde es im Parlament diskutiert und verabschiedet. Diese neue Verfassung wurde vom ganzen Volk diskutiert und in einer Volksbefragung mit überwältigender Mehrheit gebilligt. Speziell das Recht von Minderheiten und unterprivilegierten Schichten wurde eingearbeitet, wie z.B. das der indianischen Bevölkerung, der Arbeiter und Bauern, aber auch der Frauen. Diese Verfassung ist für Venezuela sehr fortschrittlich und revolutionär. Außerdem wurde in der Verfassung verankert, dass die Quelle des Reichtums dieses Landes, die Ölindustrie und die Bodenschätze, die im Zuge der neoliberalen Politik frei für den Verkauf waren, dem Volk gehören und von keiner Regierung verkauft, verliehen oder verschenkt werden dürfen. Diese gehören der gesamten venezolanischen Bevölkerung, heute und auch in Zukunft.

Die Opposition wirft Chavez vor, das Land zu spalten, in dem früher alle Schichten so friedlich zusammen lebten, arm und reich ...

Hier in Venezuela, wie in ganz Lateinamerika, gibt es große Klassenunterschiede. Und das frühere "friedliche Zusammenleben"

bedeutete immer, dass die repressiven Kräfte, die Polizei, die Nationalgarde oder, wie 1989, das Heer, jegliche Protest- und Widerstandsbewegung unterdrückten. Was seit Chavez nicht mehr existiert: dass Protestmärsche mit Toten und Verletzten enden, was früher die Regel war. Diese Vorwürfe, speziell von den privaten Medien verbreitet, sind vollkommen falsch.

Wenn man sich Caracas so ansieht, hat man tatsächlich den Eindruck einer zutiefst gespaltenen Stadt - es gibt gediegene Stadtteile von durchaus westeuropäischem Charakter, in denen die Ober- und Mittelschicht lebt, aber auch ganze Stadtviertel, die man getrost als Slums bezeichnen kann, ja, die man gar nicht mehr betreten kann. Wie ist das Größenverhältnis zwischen arm und reich in Venezuela?

Die Sozialforschung, welche die Bevölkerung in die Bereiche A bis E einteilt, besagt, dass die A- und die B-Schicht max. 5% beträgt. In der C-Schicht zusammen werden 15% bis 20% zusammengefasst. Die große Mehrheit, 70% bis 80%, lebt in Armut. Wir Linke teilen nicht in A, B, usw. ein, einer Einteilung, in der man die Ursachen und Verantwortlichen nicht benennt. Wir sagen, dass die lohnabhängig Beschäftigten 70-80% ausmachen, die, wenn sie nicht in Armut, so doch in großer sozialer und finanzieller Not leben. Wer die Möglichkeit hat, ein Haus in den reichen Vierteln zu betreten, wird Reichtum und Luxus finden, der selbst für Reiche in Westeuropa anormal ist. Die Slums werden nun mit der neuen Politik von Chavez angegangen. Die Idee ist nicht wie früher, die Slums zu verschönern. Die heutige Politik will diese Slums abschaffen, hygienische und gute Wohnungen für alle schaffen.

Bei jedem politischen Prozess gibt es Gewinner und Verlierer. Sind die Gewinner die Armen und die Verlierer die Wohlhabenden? Kann man vereinfacht sagen, dass die armen und einfachen Bevölkerungsteile Chavez unterstützen und die wohlhabenden ihn lieber heute als morgen los werden wollen?

Es gibt eine Klassentrennung zwischen arm und reich. Die Bourgeoisie, die abhängig ist von den USA, wird alles tun, um ihre Privilegien zu verteidigen, aber die große Bevölkerungsmehrheit der Beschäftigten und auch die Arbeitslosen wollen Veränderung. Zwischen beiden Lagern findet ein Klassenkampf statt. In den 90er Jahren gab es Theoretiker, die meinten, die Zeiten des Klassenkampfes wären vorbei. Venezuela ist ein lebendes Beispiel des Klassenkampfes. Zur Zeit findet hier eine Revolution statt, aber die Armen sind noch nicht die Gewinner, die Bourgeoisie ist noch nicht der Verlierer. Wir hoffen, dass in diesem revolutionären Kampf, der auch auf internationaler Ebene geführt wird, die arbeitende Bevölkerung als Gewinner hervorgehen wird. Wie man auch beim Putsch 2002 feststellte, bekommt die venezolanische Bourgeoisie vollkommene Unterstützung, sowohl finan-

zieller, militärischer als auch logistischer Art von der internationalen Bourgeoisie Europas und der USA. Deshalb hoffen wir Linke hier ebenso auf die Solidarität der Beschäftigten auf internationaler Ebene, und wir benötigen diese auch.

★ **Die Regierung wirft den Medien vor, parteilich zu sein. Die Medien und die Opposition werfen Chavez vor, autoritär zu regieren, bzw. sogar eine Diktatur errichten zu wollen ...**

Eines der Probleme der jetzigen Opposition ist die Tatsache, dass 1998 bei der Wahl die damals führenden Parteien praktisch verschwunden sind. Vorher gab es eine jahrzehntelange Zwei-Partei-Diktatur, bestehend aus AD und COPEI, die sich immer abwechselten und alle Bereiche beherrschten. Wer nicht Mitglied dieser beiden Parteien war, war politisch ausgeschlossen, so wie die Mehrzahl der Venezolaner. Die privaten venezolanischen Medien stellen heute einen Ersatz für den Verlust dieser Oppositionsparteien dar, sie sind daher auch weder neutral noch informativ, sondern höchst tendenziös. Sie sind die Vertretung der Reichen, denen sie auch gehören, sowie der Interessen transnationaler Konzerne.

Die privaten Medien erzeugten vor dem Putsch 2002 eine vollkommene Verfälschung der Situation, indem sie suggerierten, dass mindestens 80% der Venezolaner gegen Chavez sind. Durch eine gezielte, nur noch faschistoid zu nennende Propaganda wurde und wird ein Bereich der Opposition beirachert, in dem Glauben, Chavez könne leicht gestürzt werden. Dies war so, sowohl beim Putsch 2002, als auch beim monatelangen Öl- und Unternehmerstreik 2003. Vor allem letzterem gingen viele Unternehmen bankrott, als die Medien propagierten, Chavez sei nach 48 Stunden Streik gestürzt worden, was natürlich nicht der Fall war. Die Medien peitschen die Opposition nicht nur zu Märschen gegen die Regierung auf, son-

dern propagieren Zusammenstöße von Demonstrationen beider Lager, in deren Verlauf es immer wieder Tote durch Heckenschützen gibt. Heckenschützen, die auf beide Lager schießen. Das Ziel: vollkommenes Chaos und Unregierbarkeit zu inszenieren, um den USA den Vorwand zu liefern, dass deren Truppen einmarschieren, um hier wieder Ordnung und Frieden zu schaffen.

Gibt es "die Opposition", oder welches sind die Kräfte dahinter?

Selbst wir als Kommunisten und Demokraten stellen fest, dass es leider im Moment keine organisierte demokratische Opposition gibt. Politische Parteien, die wirklich Volksmeinungen entsprechen, gibt es bei der Opposition nicht mehr. Die Führung der Opposition haben die amerikanische Botschaft, die privaten Medien, die Kirchenoligarchie und der Unternehmerverband übernommen. Dies ist heute die organisierte Opposition. Diese vertreten einseitig die Interessen der Reichen und der transnationalen Konzerne. Ich schätze, dass 30-35%, maximal 40% der Bevölkerung nicht zufrieden mit Chavez sind, keinen Chavez wollen. Es ist in einem demokratischen Land normal, dass immer ein Teil in der Opposition ist. Aber im Moment - und auch die jüngsten Geschichte zeigte dies - besteht die Gefahr, dass diese Opposition von faschistischen Kreisen geführt wird.

Venezuela ist der größte Öllieferant der USA. Besteht die Gefahr einer direkten militärischen Intervention durch die USA, wie ja nicht unüblich in Lateinamerika?

Chavez ist ein kluger Strategie und Politiker, was beweist, dass er kein Populist ist, sonst würde er die direkte Konfrontation mit den USA suchen. Chavez und die Regierung erklärten immer, dass die USA, unabhängig von deren Regierung, sicher mit dem venezolanischen Erdöl rechnen können. Zweifellos gibt es eine direkte Konfrontation der heutigen Bush-Regierung mit Venezuela. Es gibt Beweise, dass die Bush-Regierung den Putsch 2002 finanzierte, förderte und auch leitete. Das gleiche gilt für die Sabotage der Ölindustrie. Die USA sagen offen, dass sie die Opposition finanzieren. Das wäre auch nicht so schlimm, wären es eben nicht diese faschistischen Kreise der Opposition, auch im Militär. Das ist aber leider die Politik der USA in allen Ländern der Dritten Welt, das ist also für uns nichts Neues, dass sie ihre imperialistische Politik auch hier bei uns durchführen. Es gibt natürlich die Gefahr der direkten militärischen Intervention. Nach dem Ende der Berliner Mauer meinten einige Theoretiker, es gäbe derartige Kriege nicht mehr. Irak, Jugoslawien, Afghanistan, Haiti etc. beweisen, dass der Imperialismus die militärische Aggressivität weiterführt, und Venezuela ist zweifellos in die Pläne der USA integriert. Wir hoffen, dass unser Volk für diese Eventualität vorbereitet ist und dass die internationale Solidarität diesen Eingriff für die USA unmöglich macht. Wir hoffen, dass unser Volk nicht das Schicksal des irakischen Volkes oder des von Haiti erleben

muss.

Venezuela hatte in den Jahren 2002 und 2003 einen starken wirtschaftlichen Rückgang zu verzeichnen. Nun hat man den Eindruck, die Wirtschaft würde sich wieder erholen. Wie ist die Situation, nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt?

Es gibt viel zu tun, aber der Anfang ist gemacht, unter großen politischen Schwierigkeiten, da es für die Regierung nicht möglich ist, ruhig zu arbeiten. Es gibt Probleme, die wir nicht verstecken wollen, z.B. 15% Arbeitslose, also sehr viel. Aber wir haben Pläne zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir betreuen aber auch diese 15%, d.h. es wird Essen verteilt, und wir unterstützen die Obdachlosen. Viele Menschen leiden unter Unterbeschäftigung oder sind in ausbildungsfremden Bereichen tätig - auch um diese Menschen müssen wir uns kümmern.

Am 15. August findet das Referendum über Hugo Chavez statt. Die Unterschriftensammlung war ja nicht ganz unstrittig. Wie schätzen Sie seine Chancen ein?

Es beweist sich mehr und mehr, dass ein großer Teil der Unterschriften für das Referendum Fälschungen waren. Es wurden Namen, Ausweisnummern und Unterschriften in großem Stil gefälscht. Aber als demokratischer Präsident akzeptierte Hugo Chavez dieses Referendum, um zu klären, wer hier die Mehrheit in der Bevölkerung hat. Wir sind überzeugt, dass Chavez unter normalen und demokratischen Umständen leicht gewinnen wird. Es gibt aber die Gefahr, dass die Opposition und die Bush-Regierung alles unternehmen werden, um zu erreichen, dass Chavez nicht mehr weiter regieren kann. In den letzten Tagen gab es mehrere öffentliche Erklärungen der Bush-Regierung oder von US-Senatoren, die meinten, Chavez wäre kein Demokrat und er würde nicht akzeptiert werden. Auch wenn Chavez mit 70% das Referendum gewinnen würde, wird der Kampf hier weitergehen.

Herr Dr. Wimmer, Sie planen eine Informationsreise durch Deutschland und Österreich? Gibt es schon Details?

Es freut mich, dass es Interesse in Deutschland und Österreich zur venezolanischen Situation gibt, und ich freue mich darauf, mit diesen Menschen darüber zu diskutieren. Wir gehen sehr selbstkritisch an die Situation hier heran. Die Reise wird vermutlich im Oktober oder November stattfinden. Nach dem Referendum gibt es eine neue politische Situation, und im Gegensatz zu meinem früheren politischen Auslandsreisen kann ich heute über konkrete Resultate dieser Revolution sprechen, die sicherlich interessant sein werden. In dieser Konferenzreise sind bereits Berlin, München und Wien vorgesehen, bei Interesse auch weitere Städte. Wir freuen uns, dass die Solidarität in Deutschland und Österreich mit unserer Revolution hier in Venezuela diese Möglichkeit schafft, direkt mit Menschen darüber zu diskutieren.

Ich danke für das Gespräch.

Das Interview wurde am 6. August 2004 von A. Köstler in Caracas geführt.



weydingenstrasse 14-16 ☆ 10178 berlin ☆
 fon 030 - 29494260 ☆ fax 030 -
 29494261 ☆ e-mail: info@netzwerk-
 cuba.de ☆ konto f. solidaritäts-
 spenden 32333100 ☆ Postbank
 Berlin BLZ 10010010 ☆ Internet:
<http://www.netzwerk-cuba.de>

**informieren
 vernetzen
 koordinieren
 gemeinsam Handeln!**

Das **NETZWERK CUBA** ist die Koordinationstelle der Cuba-Solidarität in Deutschland. Unterstützt uns durch Eure Fördermitgliedschaft, abonniert die 4x jährlich erscheinenden **NETZWERK CUBA - nachrichten** oder fordert unverbindlich Informationen an.